

Adelbert Reif

Interview mit Hannah Arendt

Frage: In Ihrer Studie »Macht und Gewalt« gehen Sie an mehreren Stellen auf die revolutionäre Studentebewegung in den westlichen Ländern ein. Eines bleibt dabei letzten Endes unklar: sehen Sie in der studentischen Protestbewegung überhaupt einen historisch positiven Vorgang?

Antwort: Ich weiß nicht, was Sie mit »positiv« meinen. Ich nehme an, Sie meinen: bin ich dafür oder bin ich dagegen ... Gewisse Ziele der Bewegung, vor allem in Amerika, wo ich sie besser kenne als anderswo, habe ich begrüßt, anderen stehe ich neutral gegenüber, und gewisse halte ich für gefährlichen Unsinn – wie etwa die Politisierung und Umfunktionierung der Universitäten und ähnliche Dinge. Nicht aber das Mitbestimmungsrecht, das ich durchaus in gewissen Grenzen bejahe. Aber lassen wir das einmal im Moment beiseite.

Wenn man von allen national bedingten Unterschieden, die natürlich sehr groß sind, absieht und nur berücksichtigt, daß es sich hier um eine internationale Bewegung handelt – etwas, das es in dieser Form nie zuvor gegeben hat –, und wenn ich mir dann überlege, was eigentlich diese Generation in allen Ländern (abgesehen von Zielen, Meinungen, Doktrinen) von früheren Generationen unterscheidet, dann fällt mir als erstes die Entschlossenheit zum Handeln oder die Lust am Handeln auf, nämlich die Zuversicht, die Dinge aus eigener Kraft ändern zu können. Das äußert sich natürlich in den verschiedenen Ländern ganz verschieden, gemäß den

jeweils verschiedenen politischen Verhältnissen und geschichtlichen Traditionen, was auch bedeutet: gemäß den national sehr unterschiedlichen Begabungen für Politik. Doch davon möchte ich erst einmal absehen.

Lassen Sie uns kurz den Anfängen dieser Bewegung nachgehen: sie entstand in Amerika recht unerwartet in den fünfziger Jahren, also noch zur Zeit der sogenannten »silent generation«, der apathischen, schweigenden Generation. Der unmittelbare Anlaß war die Bürgerrechtsbewegung im Süden des Landes, und die ersten, die sich ihr anschlossen, waren Studenten von Harvard, die dann Studenten der berühmten Universitäten des Ostens nachzogen. Sie sind nach dem Süden gegangen, haben sich glänzend organisiert und hatten eine Zeit lang ganz ungewöhnliche Erfolge, solange nämlich, als es sich nur darum handelte, das Meinungsklima im Lande zu ändern – was ihnen entscheidend gelang, in sehr kurzer Zeit – und bestimmte Gesetze und Verordnungen der Südstaaten abzuschaffen, mit einem Wort: solange es um juristisch-politische Dinge ging. Dann sind sie auf die ungeheuren sozialen Nöte der Ghetti in den Städten im Norden gestoßen – und da sind sie gescheitert, da konnten sie nichts machen.

Erst später, nachdem sie das, was man durch rein politisches Handeln erreichen konnte, tatsächlich erreicht hatten, begann die Sache mit den Universitäten. Es fing in Berkeley an mit dem Free Speech Movement, und wieder waren die Erfolge ganz ungemein. Von diesen Anfängen und vor allem von diesen Erfolgen datiert alles das, was bis heute um die Welt gelaufen ist.

In Amerika macht sich diese neue Zuversicht, daß man Dinge, die einem nicht gefallen, ändern kann, gerade in Kleinigkeiten bemerkbar. Typisch war z. B. eine vergleichsweise harmlose Konfrontation vor einigen Jahren: da streikten Studenten, als sie erfuhren, daß die unteren Angestellten der Universität nicht tarifmäßig bezahlt wurden – mit Erfolg. Es war im Grunde ein Akt der Solidarität mit »ihrer« Universität gegen die gerade amtierende Administration. Oder: Sie wissen vielleicht, daß in Amerika kürzlich die Studenten von den Universitäten Urlaub verlangt haben, um an der Wahlkampagne teilnehmen zu können, und daß eine ganze Reihe der größeren Universitäten ihnen diesen Urlaub zugestanden haben. Das ist eine politische Tätigkeit *außerhalb der Universität*, die aber von der Universität ermöglicht wird, weil die Studenten auch Bürger sind. Dies halte ich für sehr positiv. Nun gibt es jedoch andere Dinge, die ich für viel weniger positiv halte, worauf wir noch zu sprechen kommen werden.

Grundsätzlich steht die Frage: was ist eigentlich passiert? Wie ich es sehe, ist seit sehr langer Zeit zum ersten Mal eine spontane politische Bewegung entstanden, die nicht nur Propaganda treibt, sondern handelt, *und zwar nahezu ausschließlich aus moralischen Motiven*. Dadurch ist eine für unsere Zeit neue Erfahrung ins Spiel der Politik gekommen. Es stellte sich nämlich heraus, daß das Handeln Spaß macht: diese Generation hat erfahren, was das 18. Jahrhundert »public happiness«, das Glück des Öffentlichen genannt hat. Das heißt, daß

sich dem Menschen, wenn er öffentlich handelt, eine bestimmte Dimension menschlicher Existenz erschließt, die ihm sonst verschlossen bleibt und die irgendwie zum vollgültigen »Glück« gehört.

In allen diesen Dingen würde ich die Studentenbewegung außerordentlich positiv bewerten. Eine andere Frage ist ihre weitere Entwicklung, wie lange die sogenannten »positiven« Faktoren vorhalten werden, ob sie nicht bereits im Begriff sind sich aufzulösen, überspült zu werden von Fanatismus, Ideologien und oft ans Kriminelle grenzender Zerstörungswut – das weiß kein Mensch. Die guten Sachen in der Geschichte sind gewöhnlich von sehr kurzer Dauer, haben aber dann einen entscheidenden Einfluß auf das, was sehr viel später in langen Zeiten, die gar nicht sehr schön sind, geschieht. Denken Sie daran, wie kurz das wirklich klassische Zeitalter in Griechenland war und daß wir sozusagen noch heute davon zehren.

Frage: Ernst Bloch hat kürzlich in einem Gespräch darauf hingewiesen, daß sich die studentische Protestbewegung ja nicht mit den bekannten Angriffszielen erschöpft, sondern daß in ihr Elemente des alten Naturrechts zu finden sind: »Männer, die sich nicht ducken, die nicht den Launen der Herren hofieren.« Bloch meint nun, daß die Studenten »dieses andere subversive Element der Revolution«, das sich von bloßer schlechter ökonomischer Lage unterscheidet, wieder zum Bewußtsein gebracht und insofern einen wichtigen Beitrag »in der Geschichte der

Revolutionen und wahrscheinlich zu der Struktur der kommenden Revolution« geliefert haben.*

Was ist Ihre Ansicht?

Antwort: Das, was Ernst Bloch das Naturrecht nennt, das meinte ich vorhin mit dem ausgesprochen moralischen Kolorit der Bewegung. Ich würde aber doch meinen – und in diesem Sinne nicht mit Bloch übereinstimmen –, daß etwas Ähnliches bei allen Revolutionären der Fall war. Wenn man sich die Geschichte der Revolutionen ansieht: es waren nie die Erniedrigten und Beleidigten selber, sondern diejenigen, die nicht erniedrigt und nicht beleidigt waren, es aber nicht ertragen konnten, daß andere es waren, die die Revolutionen geführt haben. Nur haben sie sich geniert, ihre moralischen Motive zuzugestehen – und diese Scham ist sehr alt. Ich möchte hier nicht historisch darauf eingehen, obwohl das ein sehr interessanter Aspekt ist. Aber vorhanden gewesen ist dieses Element immer, wenn es auch heute klarer zum Ausdruck kommt.

Was nun die Geschichte mit dem »sich nicht ducken« betrifft, so spielt sie natürlich in Ländern wie Japan oder Deutschland, in denen das »sich ducken« so furchtbare Ausmaße angenommen hatte, eine besonders große Rolle, während sie in Amerika, wo ich mich nicht darauf besinne, daß ein Student sich je geduckt hätte, eigent-

* Adelbert Reif: Im Christentum steckt die Revolte. Ein Gespräch mit Ernst Bloch. Edition ›Arche Nova‹, Zürich 1971.

lich ziemlich bedeutungslos ist. Ich erwähnte bereits, daß diese internationale Bewegung natürlich jeweils ein anderes nationales Kolorit zeigt, und daß dieses Kolorit, eben weil es eine Färbung ist, im einzelnen Falle das Auffallendste ist, so daß man schließlich leicht für entscheidend hält, was vor allem dem Außenstehenden unmittelbar in die Augen fällt und was eventuell gar nicht so entscheidend ist.

Zur Frage der »kommenden Revolution«, an die Ernst Bloch glaubt und von der ich nicht weiß, ob sie überhaupt kommen, und schon gar nicht, welche Struktur sie haben wird, möchte ich bemerken: es gibt natürlich eine ganze Reihe von Erscheinungen, von denen man ohne weiteres sagen kann, daß sie nach unseren Erfahrungen mit dem Phänomen selbst, die ja nicht sehr alt sind, sondern erst seit der französischen und amerikanischen Revolution datieren – vorher hat es Rebellionen und Staatsstreiche, aber keine Revolutionen gegeben –, zu den Vorbedingungen der Revolution gehören. Also: der drohende Zusammenbruch des Staatsapparates, seine Unterhöhlung, der Verlust des Vertrauens in die Regierung seitens des Volkes, das Versagen der öffentlichen Dienste und anderes mehr. Der Macht- und Autoritätsverlust in allen Großmächten ist augenscheinlich, auch wenn er von einer ungeheuren Akkumulation der Gewaltmittel in der öffentlichen Hand begleitet ist, und dieser Zuwachs an Gewaltmitteln kann den Machtverlust nicht kompensieren. Dennoch braucht diese Situation nicht zur Revolution zu führen. Sie kann erstens mit

Konterrevolution, der Errichtung von Diktaturen enden, und sie kann zweitens ausgehen wie das Horneberger Schießen: es braucht überhaupt nichts zu geschehen. Kein Mensch weiß heute etwas von einer kommenden Revolution; das »Prinzip der Hoffnung« gibt sicher keinerlei Garantie.

Für eine kommende Revolution fehlt vorläufig vor allem eine Grundvoraussetzung, die entscheidend ist: nämlich eine Gruppe wirklicher Revolutionäre. Gerade das, was die linken Studenten am liebsten sein wollen: Revolutionäre – gerade das sind sie nicht. Sie sind auch nicht revolutionär organisiert; sie haben keine Ahnung, was Macht bedeutet; und sie sind sicherlich die letzten, die, wenn die Macht auf der Straße liegt und sie wissen würden, daß sie dort liegt, auch bereit wären, sich zu bücken und sie aufzuheben. Genau das machen die Revolutionäre. Die Revolutionäre machen nicht die Revolution! Die Revolutionäre sind diejenigen, die wissen, wann die Macht auf der Straße liegt und wann sie sie aufheben können! Der bewaffnete Aufstand hat als solcher noch nie zu einer Revolution geführt.

Was eine Revolution immerhin noch vorbereiten kann, ist eine echte Analyse der jeweiligen Lage, wie sie früher üblich war. Zwar sind auch damals solche Analysen zu meist sehr unzulänglich gewesen, aber sie sind doch immerhin gemacht worden. In dieser Hinsicht sehe ich absolut niemanden, weit und breit, der dazu imstande wäre. Die theoretische Sterilität dieser Bewegung ist ebenso auffallend und deprimierend, wie ihre Lust am Handeln

zu begrüßen ist. In Deutschland ist die Bewegung auch in praktischen Dingen ziemlich hilflos – sie kann Radau machen, aber außer Sprechchören nichts organisieren; in Amerika, wo sie unter Umständen Hunderttausende auf die Beine bringt, um in Washington zu demonstrieren, ist sie in dieser Hinsicht, in der Begabung zum Handeln großartig! Aber die theoretische Sterilität ist in beiden Ländern die gleiche – nur daß man in Deutschland, wo man so gerne theoretisch daherredet, mit veralteten, durchweg aus dem 19. Jahrhundert stammenden Begriffen und Kategorien hausieren geht, bzw. sie sich an den Kopf wirft, von denen keine modernen Verhältnissen entspricht. Das hat mit Nachdenken nichts zu tun.

Nun liegen die Dinge freilich anders in Südamerika und in Osteuropa, vor allem deshalb, weil dort sehr viel konkretere, praktische Erfahrungen vorhanden sind. Doch darauf hier einzugehen, würde uns zu weit führen.

Ich möchte aber noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, der mir bei Ernst Bloch und dem »Prinzip der Hoffnung« eingefallen ist. Das Allerbedenklichste an den Bewegungen in Westeuropa und Amerika ist eine eigentümliche Verzweiflung, die in ihnen steckt, als ob sie schon wüßten, daß sie zusammengeschlagen werden. Und als ob sie sich sagten: wir wollen es wenigstens provoziert haben, zusammengeschlagen zu werden: wir wollen nicht auch noch unschuldig sein wie die Lämmer. Es ist etwas von Amoklaufen in diesen bombenwerfenden Kindern. Ich habe gelesen, daß die französischen Studenten in Nanterre bei den letzten Unruhen – nicht

bei denen im Jahre 68, sondern 1970 – an die Wände geschrieben haben: »Ne gâchez pas votre pourriture« (Verderbt euch nicht eure Verfaulung) ... Treibt es weiter, treibt es weiter. Und dahinter die Überzeugung: es ist alles wert, daß es zugrunde geht. Dieses Element der Verzweiflung ist überall da, weniger stark immerhin in Amerika, wo man vorläufig das Prinzip der Hoffnung nicht kennt – vielleicht weil man es noch nicht so nötig hat.

Frage: Sehen Sie die studentische Protestbewegung in den Vereinigten Staaten als im Grunde gescheitert an?

Antwort: Keineswegs. Dazu sind ihre bisherigen Erfolge zu groß. Ich erwähnte schon den Erfolg in der Negerfrage; der Erfolg in der Kriegsfrage ist eigentlich noch größer. Es ist dieser Studentenbewegung wirklich gelungen, das Land zu spalten, und eventuell mit einer Majorität, jedenfalls mit einer sehr starken, sehr qualifizierten Minderheit gegen den Krieg. Sie könnte aber sehr schnell scheitern, wenn es ihr tatsächlich gelingen sollte, die Universitäten zu zerstören – und das halte ich für nicht unmöglich. In Amerika besteht diese Gefahr vielleicht weniger als anderswo, weil sich die Studenten hier immer noch mehr an politischen und weniger an universitätsinternen Fragen orientieren, was zur Folge hat, daß ein Teil der Bevölkerung mit ihnen in wesentlichen Dingen solidarisch ist. Aber auch in Amerika ist es immerhin denkbar, daß die Universitäten zugrunde gehen, denn die ganze Sache fällt ja zusammen mit ei-

ner Krise in den Wissenschaften, im Wissenschaftsglauben und im Fortschrittsglauben, also mit einer internen, nicht nur politischen Krise der Universitäten.

Wenn es den Studenten gelingen sollte, die Universitäten zu zerstören, dann haben sie sich selbst ihrer Operationsbasis beraubt – und zwar in allen der betroffenen Länder, in Amerika wie in Europa. Und eine andere Basis werden sie nicht finden, schon weil sie nirgendwo anders zusammenkommen können. Also: die Zerstörung der Universitäten, das wäre das Ende der gesamten Bewegung.

Aber weder das Ende des Erziehungssystems noch der Forschung. Beide können sich völlig anders organisieren, andere Formen und Institutionen für Berufsausbildung und Forschung sind durchaus denkbar. Aber Studenten wird es dann nicht mehr geben. Fragen wir doch einmal: was ist das eigentlich, die studentische Freiheit? Die Universitäten ermöglichen es jungen Menschen, eine Reihe von Jahren *außerhalb aller gesellschaftlichen Gruppen und Verpflichtungen zu stehen*, wirklich frei zu sein. Wenn sie die Universitäten zerstören, dann wird es das nicht mehr geben, infolgedessen auch keine Rebellion gegen die Gesellschaft. Sie sind bestens dabei, sich den Ast abzusägen, auf dem sie sitzen. Das hängt wieder zusammen mit dem Amoklauf. Daran könnte die studentische Protestbewegung in der Tat nicht nur scheitern, was ihre Forderungen angeht; sie würde zugrunde gehen.

Frage: Würde das auch auf die studentische Protestbewegung in Europa zutreffen?

Antwort: Ja, das würde auf alle Bewegungen zutreffen. Wieder nicht so sehr auf die in den südamerikanischen und in den osteuropäischen Ländern, wo die Protestbewegung nicht unmittelbar auf die Universitäten angewiesen ist und wo sie große Teile der Bevölkerung hinter sich hat.

Frage: Sie werfen der Neuen Linken in der Bundesrepublik unter anderem vor, daß sie sich nie »ernsthaft« für die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie eingesetzt hat, die doch nicht nur der Angelpunkt der deutschen Außenpolitik ist, sondern auch der Prüfstein deutschen Nationalismus.

Ich weiß nicht, ob Ihre These in dieser scharfen Akzentuierung wirklich aufrecht erhalten werden kann, denn die Neue Linke in der Bundesrepublik plädiert ja nicht nur für eine Anerkennung der Oder-Neisse-Linie durch Bonn, sondern auch für eine Anerkennung der DDR. Nur: es steht gar nicht in der Macht der Neuen Linken, solche theoretischen Manifestationen praktisch-politisch zu verwirklichen, schon deshalb nicht, weil sie von den breiten Bevölkerungskreisen isoliert ist. Aber selbst wenn die zahlenmäßig außerordentlich schwache Neue Linke »ernsthaft« für die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie eintreten würde – würde damit der deutsche Nationalismus eine entscheidende Schlappe erleiden?

Antwort: Was die praktisch-politischen Konsequenzen angeht, so dürften Protestaktionen für die Änderung beispielsweise der Verhältnisse in Persien wohl noch weniger von Belang sein. Um nichts, kann man wohl sagen, hat sich diese Bewegung weniger gekümmert als um die praktisch-politischen Konsequenzen ihrer Manifestationen. Im Unterschied zum Schah von Persien gehört nun aber die Oder-Neisse-Linie in den Bereich der unmittelbaren Verantwortung eines jeden deutschen Staatsbürgers, und die Anerkennung dieser Grenze ist in der Tat von außerordentlicher Bedeutung: sie ist – wie ich wirklich glaube – der Prüfstein des deutschen Nationalismus. Wenn die Neue Linke unter anderem »auch« für eine Anerkennung der Oder-Neisse-Linie eintritt – wie ja eine ganze Reihe von guten liberalen Deutschen –, so besagt das überhaupt nichts. Tatsache ist, daß die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie niemals im Zentrum ihrer Propaganda gestanden hat, was nichts anderes heißt, als daß sie sich vor allen unmittelbare Verantwortung einschließenden Aufgaben drückt, und zwar sowohl theoretisch wie praktisch.

Dafür gibt es zwei Erklärungsmöglichkeiten, von denen ich bisher nur den deutschen Nationalismus erwähnt habe. Die zweite Möglichkeit wäre, daß diese Neue Linke gerade in Deutschland theoretisch so verstiegen ist, daß sie gar nicht sieht, was ihr vor der Nase liegt. Das hat sich ja deutlich genug gezeigt, als es sich um die Notstandsgesetze handelte. Sie besinnen sich wahrscheinlich darauf, wie spät die Studentenbewegung überhaupt ge-

wahr wurde, daß sich da etwas im Parlament abspielte, das von erheblicher Wichtigkeit war, zweifellos von größerer Wichtigkeit für Deutschland als der Besuch orientalischer Potentaten.

Wenn die amerikanischen Studenten gegen den Krieg in Vietnam demonstrieren, dann protestieren sie gegen etwas, das in der Politik ihres Landes unmittelbar von Gewicht ist. Wenn die deutschen Studenten gegen den Krieg in Vietnam protestieren, dann protestieren sie dagegen wie gegen den persischen Schah, das heißt, sie haben nicht die geringste Möglichkeit, sich zu engagieren. Amerikanische Studenten riskieren mit ihrem Protest etwas. Zum Beispiel besteht für sie die Frage, ob sie dem Gestellungsbefehl folgen sollen oder nicht. Und der amerikanische Student organisiert sich – je nachdem wie er sich in dieser sehr praktischen Angelegenheit entschieden hat.

Es ist also schon leicht möglich, daß die Frage der Oder-Neisse-Linie, die ich für so entscheidend halte, von der Neuen Linken einfach übersehen wurde. Aber auch dieses Übersehen ist mir verdächtig! Wenn es sich nun darum handeln sollte, die Frage der Oder-Neisse-Linie moralisch zu beurteilen, und wenn die deutschen Studenten den Standpunkt vertreten, die Oder-Neisse-Linie sei keine moralische Frage – dann möchte ich sagen: was die deutsche Politik anlangt, handelt es sich hier um die einzige moralische Frage, die heute noch wirklich offen ist und zur Debatte steht.

Rein politisch gesprochen hat das Versäumnis der deut-

schen Regierung, vor allem natürlich unter Adenauer, die Oder-Neisse-Linie anzuerkennen, zu der Konsolidierung des sowjetischen Satellitensystems sehr viel beigetragen. Darüber dürften sich doch wohl alle Leute klar sein: daß nämlich die Angst der Satellitenstaaten vor Deutschland sämtliche Reformbestrebungen im Osten entscheidend verlangsamt und teilweise unmöglich gemacht hat.

Frage: In Ihrer Studie »Macht und Gewalt« findet sich der Satz: »Die Dritte Welt ist keine Realität, sondern eine Ideologie.« Das klingt nach Blasphemie. Denn selbstverständlich ist die Dritte Welt eine Realität, und zwar eine Realität, die zunächst von den westlichen Kolonialmächten und dann von den Vereinigten Staaten mitgeschaffen wurde. So ist es auch in gar keiner Weise verwunderlich, daß sich diese durch den Kapitalismus entstandene Realität im Zuge der weltweiten und allgemeinen Empörung der Jugend in einer neuen Ideologie niederschlug. Entscheidend, meine ich, ist aber nicht diese Ideologie der Neuen Linken, sondern einfach das Vorhandensein der Realität Dritte Welt, das diese Ideologie überhaupt erst ermöglicht.

Wollen Sie mit Ihrem erstaunlichen Satz in der Tat die Realität der Dritten Welt als solche in Abrede stellen? Möglicherweise liegt hier ein Mißverständnis vor, das Sie aufklären können ...

Antwort: Nicht im geringsten. Ich bin tatsächlich der Meinung, daß die Dritte Welt genau das ist, was ich sagte: eine Ideologie oder eine Illusion.

Afrika, Asien, Südamerika – das sind Realitäten. Wenn Sie nun diese Gebiete messen an Europa und Amerika, dann sagen Sie von ihnen – aber doch nur aus dieser Perspektive –, daß sie unterentwickelt sind, und Sie behaupten damit, daß das eine entscheidende Gemeinsamkeit dieser Länder sei. Sie übersehen jedoch die unendliche Vielzahl von Dingen, die sie unter sich *nicht* gemeinsam haben, und daß das Gemeinsame ja nur in einem Kontrast besteht zu der anderen Welt; was bedeutet, daß die Vorstellung, die Unterentwickeltheit sei das Entscheidende, ein europäisch-amerikanisches Vorurteil ist. Die Angelegenheit ist doch einfach eine Frage der Perspektive; hier liegt ein logischer Trugschluß vor. Versuchen Sie einmal einem Chinesen zu sagen, er gehöre zu genau derselben Welt wie ein afrikanischer Bantustamm; und glauben Sie mir, Sie werden Ihr Wunder erleben. Die einzigen, die ein ausgesprochen politisches Interesse daran haben zu sagen, daß es eine Dritte Welt gibt, sind selbstverständlich diejenigen, die auf der untersten Stufe stehen: das sind die Neger in Afrika. In diesem Fall kann man es verstehen, alles übrige ist reines Gerede. Die Neue Linke hat das Schlagwort von der Dritten Welt aus dem Arsenal der Alten Linken bezogen. Sie ist auf die von den Imperialisten getroffene Unterscheidung zwischen Kolonialländern und kolonisierenden Ländern hereingefallen. Für die Imperialisten gab es zwischen Ägypten und Indien kaum einen Unterschied: alles fiel unter den Begriff der »subject races«. Diese imperialistische Einebnung aller Besonderheiten macht die Neue Linke mit, nur mit umgekehr-

ten Vorzeichen. Es ist immer wieder dieselbe Sache: das Hereinfallen auf jedes Schlagwort, die Unfähigkeit zu denken, bzw. der Widerwille dagegen, Phänomene zu sehen, wie sie wirklich sind, ohne auf sie sofort Kategorien anzuwenden, durch die man sie glaubt klassifizieren zu können. Das ist eben die theoretische Hilflosigkeit.

Und mir scheint, daß gerade dieses neue Schlagwort: Kolonisierte aller Länder oder ehemals Kolonisierte oder Unterentwickelte aller Länder vereinigt Euch! noch verrückter ist als das alte, dem es nachgebildet ist: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!, das doch auch bestens widerlegt ist. Ich bin gewiß nicht der Meinung, daß man sehr viel aus der Geschichte lernen kann, da die Geschichte uns immer wieder mit Neuem konfrontiert – aber ein paar Kleinigkeiten sollten doch möglich sein zu erlernen. Was mich so bedenklich stimmt, ist, daß ich nirgends sehe, daß die Leute Realitäten als solche erkennen und sich die Mühe machen, über sie nachzudenken.

Frage: Nicht nur im strengeren Sinn marxistische Philosophen und Historiker vertreten heute den Standpunkt, daß in der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit augenblicklich nur zwei Alternativen für die Zukunft möglich sind: Kapitalismus oder Sozialismus.

Existiert für Sie eine andere Alternative?

Antwort: Ich sehe in der Geschichte keine solchen Alternativen; ich weiß auch nicht, was in der Zukunft möglich

ist. Deshalb möchte ich sagen, wie ein alter Hausarzt von uns zu sagen pflegte: »Ich stamme zwar aus dem Volke der Propheten, aber ich trete nicht als solcher auf.« Die »geschichtliche Entwicklung der Menschheit« überhaupt wollen wir also einmal dahingestellt sein lassen – aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie in eine Richtung gehen, die weder dem einen noch dem anderen entspricht und von der wir doch hoffen wollen, daß sie uns unerwartet kommt.

Aber betrachten wir Ihre Alternative einen Augenblick historisch: angefangen hat es doch mit dem von niemand geplanten, von niemand vorhergesehenen sogenannten kapitalistischen Wirtschaftssystem. Das kapitalistische Wirtschaftssystem verdankt seine Entstehung bekanntlich einem ungeheuren Enteignungsprozeß, wie er sich nie zuvor in der Geschichte in dieser Form – nämlich ohne kriegerrische Eroberungen – vollzogen hat. Enteignung, die ursprüngliche Akkumulation von Kapital – das war das Gesetz, nach dem der Kapitalismus angetreten und nach dem er Schritt für Schritt weitergegangen ist. Was sich nun die Leute unter Sozialismus vorstellen, weiß ich nicht. Wenn Sie sich aber ansehen, was wirklich in Rußland geschehen ist, dann können Sie feststellen, daß dort dieser Enteignungsprozeß weitergetrieben wurde; und Sie können mehr als bloße Ansätze zu einer ähnlichen Entwicklung in den modernen kapitalistischen Ländern beobachten.

Nur: in den westlichen Ländern sind politische und legale Hindernisse ständig im Wege, diesen Prozeß der

Enteignung in einem Maße ausarten zu lassen, daß das Leben ganz und gar unerträglich wird. In Rußland gibt es ja keinen Sozialismus, sondern einen Staatssozialismus, der dasselbe ist, was Staatskapitalismus wäre, nämlich: die Enteignung des gesamten Volkes. Dabei braucht diese totale Enteignung, wie wir wissen, keineswegs den Unterschied zwischen reich und arm zu beseitigen. In Rußland ist bekanntlich die Diskrepanz zwischen dem Lebensstandard gewisser Gesellschaftsgruppen und dem des Volkes eher größer als in kapitalistischen Ländern. Der Unterschied ist nur, daß auch die Privilegierten dort zur besitzlosen Klasse gehören. Was immer ihnen zur Verfügung steht ist ihnen nicht zu eigen. Der Staat kann jeden von einem Tag zum andern zum Bettler machen, nämlich ihm nicht nur wegnehmen, was ihm gehörte, sondern ihm auch jede Erwerbsmöglichkeit abschneiden. Was die Konsequenzen dieser totalen Besitzlosigkeit sind, kann man jetzt bequem in der russischen Literatur der letzten Jahre nachlesen. Dort beginnen die Menschen jetzt, die Wahrheit zu sagen (ich denke vor allem auch an die erschütternd großartigen Memoiren von Nadeshda Mandelstam, der Witwe des Dichters, den Stalin umbrachte und der einer der größten russischen Dichter des 20. Jahrhunderts war), und die Wahrheit ist vielleicht noch furchtbarer als wir gedacht haben.

Wenn ich jetzt diesen Tatbestand von einem marxistischen Standpunkt beurteilen sollte, so würde ich sagen: es scheint im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu liegen, Menschen zu enteignen, und es scheint

in der Tat, daß der Sozialismus, wie Marx vermutete, die letzte Konsequenz dieses Systems ist – es sei denn, man stoppt diesen Prozeß, bevor er in die Ungeheuerlichkeiten ausartet, in die er im Osten ausgeartet ist. Und Sie sehen, daß in den Satellitenstaaten heute überall ganz erhebliche Versuche in dieser Richtung gemacht werden – natürlich in Jugoslawien, aber eben auch in Ungarn, in der Tschechoslowakei, in Polen und selbst in der DDR.

Letztlich handelt es sich nicht mehr darum, die Enteigner zu enteignen, sondern zu versuchen, dem Menschen soviel Eigentum wie möglich selbst unter den zum Teil sehr unmenschlichen Bedingungen des modernen Produktionsprozesses zu erhalten. Kein Mensch kann mir erzählen, daß im Osten die Arbeiter »ihre« Fabriken »besitzen«. Kollektiveigentum ist doch offensichtlich eine *contradictio in adjecto*. Eigentum ist, was mir zu eigen ist. Natürlich dürfen Produktionsmittel anderer Menschen nicht mir gehören; sie müssen vermutlich von einer dritten, unparteiischen Instanz verwaltet werden, was heißt, daß sie niemandem gehören. Am schlechtesten aber sind wir zweifellos dran, wenn der Staat, sei es im Staatssozialismus oder im Staatskapitalismus, im Namen des Proletariats oder im Namen der Nation, zum Eigentümer wird. Die Alternative Kapitalismus-Sozialismus ist keine wirkliche Alternative. Dies sind gleiche Brüder mit ungleichen Kappen.

Der gleiche Tatbestand läßt sich auch unter einem anderen Gesichtspunkt betrachten: aus der Perspektive der Unterdrückten selbst, was das Resultat nicht besser

macht. Dann müßte man sagen, der Kapitalismus hat das Ständesystem, die Zünfte, die Gilden usw. aufgelöst. Er hat all die Kollektivgruppen, die ein Schutz für den Einzelnen waren, auch für sein Eigentum, und die ihm eine Sicherheit garantierten, wenn natürlich auch keine absolute – die hat er zerschlagen. An ihre Stelle hat er Klassen gesetzt, im Wesentlichen zwei: die Ausbeuter und die Ausgebeuteten. Nun hat auch die Arbeiterklasse, eben weil sie eine Klasse und ein Kollektiv war, dem Einzelnen noch einen gewissen Schutz gewährt, und sie hat dann, als sie gelernt hatte sich zu organisieren, ganz erhebliche Rechte für sich erkämpft. Was hat der Sozialismus getan? Er hat auch diese Klasse zerschlagen: kein Streikrecht, keine Gewerkschaften, nur die Illusion, daß der Klasse die Fabriken gehörten. Der Sozialismus hat im Grunde nur fortgesetzt, was der Kapitalismus begonnen hat. Warum soll er eigentlich das Heilmittel sein?

Frage: Marxistische Intellektuelle betonen oft, daß der Sozialismus trotz aller Verfremdungen immer wieder aus eigener Kraft imstande ist, sich zu regenerieren. Als Musterbeispiel dient hier das tschechoslowakische Modell eines demokratischen Sozialismus.

Wie beurteilen Sie angesichts der Zunahme militärischer Gewaltmittel durch die Sowjetunion und der sowjetischen Vormachtstellung auch auf anderen Gebieten die Chancen für eine neue Initiative des demokratischen Sozialismus im Osten, orientiert am Geist des tschechoslowakischen oder jugoslawischen Modells?

Antwort: Was Sie jetzt gesagt haben in Ihrem ersten Satz, hat mich wirklich schockiert. Die Herrschaft Stalins eine »Verfremdung« zu nennen, scheint mir ein Euphemismus, mit dem man nicht nur Tatsachen, sondern ungeheure Verbrechen unter den Teppich kehrt. Ich sage Ihnen das nur, um Sie darauf aufmerksam zu machen, wie sehr dieser Jargon bereits die Tatsachen verändert: etwas »Verfremdung« zu nennen, das doch nichts weiter war als ein Verbrechen von gigantischen Ausmaßen.

Was nun die Wirtschaftssysteme und die »Modelle« betrifft, so wird sich mit der Zeit überall etwas herausexperimentieren, wenn die Großmächte die kleineren Länder in Frieden lassen. Was das sein wird, können wir im Falle eines so auf Praxis angewiesenen Gebietes wie dem der Wirtschaft natürlich nicht wissen. Man wird jedoch vor allem in der Eigentumsfrage experimentieren. Auf Grund der recht kümmerlichen Informationen, die mir zur Verfügung stehen, geschieht das bereits in den von mir erwähnten Ländern mit recht interessanten Resultaten: In der DDR probiert man es offenbar mit dem gar nicht vom Sozialismus herkommenden Kooperativsystem, das sich in Dänemark und Israel gut bewährt hat. In Jugoslawien gibt es ein System der Selbstverwaltung in den Fabriken, eine neue Art von Arbeiterräten, die bekanntlich weder von den orthodoxen Sozialisten noch von den Kommunisten je wirklich akzeptiert worden sind – trotz Lenins Parole »Alle Macht den Räten«. (Das Rätssystem ist ja gerade von der kommunistischen Partei, und zwar noch von Lenin selbst, entmachtet und zerstört worden.) Aus Ungarn hören wir

von ganz entscheidenden, dezentalisierenden Reformen der Stadtverwaltungen. Keines dieser Experimente ist bisher zu einer neuen Definition von Eigentum gelangt, aber sie alle sind Reformen, die in diese Richtung weisen. Überall wird versucht, die furchtbare Atomisierung der Gesellschaft, eine unmittelbare Folge des Enteignungsprozesses, wieder rückgängig zu machen; vom Standpunkt des Staatskommunismus sind alle diese Maßnahmen, zu denen man nun noch die polnischen Vorgänge rechnen muß, Konzessionen, die man in das »sozialistische« Wirtschaftssystem hineinkonstruiert, das ohne solche Konzessionen ganz offenbar einfach nicht funktioniert.

Aber bei all diesen Experimenten und Reformen geht es doch in erster Linie nicht um die Wirtschaftssysteme! Den Leuten sind doch die Wirtschaftssysteme egal, sobald sie halbwegs anständig leben können! Worum es ihnen geht, ist Freiheit mit allem, was dazu gehört: eine geltende Verfassung, gesetzlich gesicherte Rechte, Pressefreiheit, Mitbestimmungsrecht; vor allem das Recht zu sagen, zu schreiben und zu drucken, was ihnen beliebt. Die Sowjetunion ist doch nicht des neuen »ökonomischen Modells« wegen in die Tschechoslowakei einmarschiert, sondern wegen der damit verbundenen *politischen* Reformen. In die DDR marschierten sie nicht, obwohl man heute dort, wie in anderen Satellitenstaaten, besser lebt als in der Sowjetunion und vielleicht bald ebenso gut und eventuell eines Tages sogar noch besser leben wird als in Westdeutschland. Und der Unterschied wird dann »nur« noch sein, daß man in dem einen Land sagen und

in Grenzen auch tun kann, was einem beliebt, und im anderen nicht. Glauben Sie mir, *das* macht einen gewaltigen Unterschied für jedermann.

Die Sowjetunion hat ein Interesse daran zuzuschlagen, wo immer diese Wirtschaftsexperimente mit dem Streben nach Freiheit gekoppelt sind. Zweifellos war dies in der Tschechoslowakei der Fall. Es ist nicht der Fall in Ostdeutschland, weshalb man die DDR auch in Frieden läßt. Ulbricht weiß, worum es geht: die DDR wird ideologisch immer tyrannischer, je vernünftiger sie ihre Wirtschaft organisiert.

Die Sowjetunion muß ferner zuschlagen, wo sie fürchtet, daß eines der Satellitenländer aus dem Warschauer Pakt herausspringt. Diese Angst war im Falle der Tschechoslowakei zweifellos vorhanden; ob sie begründet war, weiß ich nicht, aber ich halte es für möglich. Auf der anderen Seite: daß die Sowjetunion militärisch in Jugoslawien zuschlagen wird, daran glaube ich nicht. Sie würde nämlich in Jugoslawien auf einen ganz erheblichen militärischen Widerstand stoßen, und eine solche Konfrontation kann sie sich heute auch nicht mehr leisten. So fest sitzt sie als Großmacht nicht mehr im Sattel.

Frage: Geben Sie dem Sozialismus als vorläufig dominierende Zukunftskonzeption für die menschliche Gesellschaft überhaupt die Chance einer Realisierung?

Antwort: Dabei ist natürlich wieder die Frage: was ist das eigentlich – Sozialismus? Schon Marx hat im Grunde

nicht gewußt, was er sich darunter konkret vorstellen sollte ...

Frage: Wenn ich hier einwerfen darf: gemeint ist ein Sozialismus, der, wie ich vorhin sagte, orientiert ist am Geist des tschechoslowakischen oder jugoslawischen Modells ...

Antwort: Also an dem, was man heute den sozialistischen Humanismus nennt. Diese neue Parole besagt ja nur, daß man versucht, die Unmenschlichkeiten, die der Sozialismus erzeugt hat, einigermaßen zu mildern, ohne das sogenannte kapitalistische System wieder einzuführen, wiewohl die Tendenz in Jugoslawien, zu einer Art Marktwirtschaft zurückzukehren, leicht so mißverstanden werden kann und zweifelslos von der Sowjetunion und allen orthodoxen Kommunisten so mißverstanden wird. Was nun die Chance dieser Humanisierungen anlangt: Ich gebe allen kleinen Ländern, die gewillt sind zu experimentieren, ob sie sich nun sozialistisch nennen oder nicht, eine Chance, und ich bin sehr skeptisch in Bezug auf die Großmächte. Diese Massengesellschaften sind nicht mehr zu verwalten, geschweige denn zu regieren. Das tschechoslowakische oder jugoslawische Modell, wenn Sie diese zwei als Modelle nehmen, haben natürlich eine Chance. Ich würde auch noch sagen: vielleicht Rumänien, vielleicht Ungarn, wo die Revolution ja keineswegs so katastrophal geendet hat, wie sie etwa unter Stalin geendet hätte: nämlich einfach mit der Deportation

tion von 50 Prozent der Bevölkerung. In allen diesen Ländern ist also etwas los; und in allen diesen Ländern wird es sehr schwer sein, diese – wie Sie sagen – Reformbestrebungen, daß heißt: diesen Versuch, der Diktatur zu entkommen und die wirtschaftlichen Probleme eigenständig zu lösen, wieder rückgängig zu machen.

Die Sowjetunion hat fraglos ein außerordentliches Interesse an der Aufrechterhaltung der Diktatur – ein viel größeres Interesse als die Machthaber der kleinen Satellitenstaaten –, weil sie kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat ist, und weil die Nationalitäten versuchen, sich qua Nationalitäten zu befreien. Wenn ihnen das gelingt, bricht das russische Reich zusammen. Hier haben wir es doch mit einem wirklich unmittelbar machtpolitischen Interesse zu tun, das mit Sozialismus nichts zu tun hat. Ich bin auch der Meinung, daß die Sowjetunion niemals in der Tschechoslowakei so vorgegangen wäre, wenn sie nicht Angst gehabt hätte vor ihrer eigenen Opposition, nicht nur der Opposition ihrer Intellektuellen, sondern der latenten der Nationalitäten.

Frage: Ich denke, daß die Furcht der sowjetischen Führer vor allem vor der Opposition der Intellektuellen eine besondere Rolle spielt, handelt es sich doch um eine Opposition, die heute auch auf breiterer Ebene sehr stark in Erscheinung tritt. Es gibt sogar eine Bürgerrechtsbewegung von jungen Intellektuellen, die mit allen zur Verfügung stehenden legalen und natürlich auch illegalen Mitteln: Untergrundzeitschriften usw. agiert ...

Antwort: Ja, das ist mir bekannt. Und die Führer der Sowjetunion haben davor natürlich eine sehr große Angst. Sie haben eine große Angst davor, daß, wenn der Erfolg dieser Bewegung auf die breite Öffentlichkeit überspringt, das heißen kann, daß die Ukrainer wieder einen Staat für sich haben wollen, die Tataren ebenfalls, die ja sowieso furchtbar von ihnen behandelt worden sind usw. usw. Die Machthaber der Sowjetunion stehen also auf viel wackligeren Füßen als die Machthaber in den kleinen Satellitenstaaten. Aber Sie sehen ja auch, daß Tito in Jugoslawien vor dem Nationalitätenproblem sich fürchtet und nicht etwa vor dem sogenannten Kapitalismus.

Frage: Worauf führen Sie es zurück, daß Reformbestrebungen im Osten – ich denke nicht nur an das vielzitierte tschechoslowakische Modell, sondern auch an verschiedene Veröffentlichungen sowjetischer Intellektueller zur inneren Demokratisierung der Sowjetunion und ähnliche Protestationen – niemals einen wie auch immer gearteten Kapitalismus als Alternative zum kritisierten System aufzeigen?

Antwort: Nun, ich könnte Ihnen ja sagen, daß die Leute offenbar meiner Meinung sind: daß das nämlich keine Alternative ist. Der Sozialismus ist keine Alternative für den Kapitalismus, weil er dessen Konsequenz ist; der Kapitalismus ist keine Alternative für den Sozialismus, weil er dessen Vorbedingung ist. Aber ich will mir das schenken. Es geht dort einfach niemandem um das Wirt-

schaftssystem. Es geht um das Wirtschaftssystem doch nur insofern, als die Diktatur verhindert, daß die Wirtschaft sich so produktiv entfaltet, wie sie es ohne diktatorischen Zwang könnte. Im übrigen handelt es sich um die politische Frage. Es handelt sich darum, welche Art von Staat man zu haben wünscht, welche Art von Verfassung, welche Art von Gesetzgebung, welche Art von Schutz für die Freiheit des gesprochenen und gedruckten Wortes; das heißt: es geht genau um das, was unsere unschuldigen Kinder im Westen die »bürgerlichen Freiheiten« nennen. Aber es gibt keine bürgerlichen Freiheiten – es gibt Freiheiten! Die einzige bürgerliche Freiheit wäre die, ein Monopolkapitalist zu werden, und wer will das schon? Denn reich werden kann man auch im Osten, man kann dort sogar außerordentlich reich werden. Die Gegensätze zwischen Reich und Arm – wenn wir einmal eine vernünftige Sprache und keinen Jargon sprechen – in den Einkommensverhältnissen sind im Osten größer als irgendwo sonst, größer selbst als in Amerika. Doch auch darum geht es nicht. Ich wiederhole mich: es geht einzig und allein darum, ob ich sagen und denken und drucken darf, was ich wünsche – oder ob ich das nicht darf; ob meine Nachbarn mich bespitzeln oder nicht. Freiheit schließt immer auch die Freiheit ein, von der herrschenden Meinung abzuweichen. Die Freiheit »Ja« zu sagen, die hat bisher nur Stalin angezweifelt. Stalin ist der einzige Diktator, der auch jenen Leuten den Kopf abgehackt hat, die begeisterte Anhänger von ihm waren. So weit hat es noch keiner getrieben, und das hat sich

auch nicht ausgezahlt. Keines dieser Systeme, auch das der Sowjetunion, ist noch wirklich totalitär – wobei ich allerdings gestehen muß, daß ich China nicht beurteilen kann. Es werden nur noch diejenigen Leute ausgeschaltet, die in der Opposition sind. Das heißt aber keineswegs, daß es dort Freiheit gibt. Und gerade an der politischen Freiheit und gesicherten Grundrechten sind die Oppositionellen interessiert – mit Recht.

Frage: Wie stehen Sie zu dem Wort von Thomas Mann: »Der Antibolschewismus ist die Grundtorheit unserer Epoche.«?

Antwort: Es gibt so viele Torheiten der Epoche, daß es schwer ist, einer den Vorrang zu geben. Doch ernsthaft gesprochen: der Antibolschewismus ist als Theorie, als Ismus, das Produkt der Exkommunisten. Damit meine ich nicht beliebige ehemalige Bolschewisten oder Kommunisten, sondern diejenigen unter ihnen, die *geglaubt* haben und die dann eines Tages von Herrn Stalin persönlich enttäuscht waren; Leute also, die gar nicht eigentlich Revolutionäre und politisch engagiert waren, sondern, wie sie selbst gesagt haben, einen Gott verloren und sich dann einen neuen Gott und damit auch das Gegenteil: einen neuen Teufel suchten. Sie haben die Geschichte einfach umgedreht. Daß sich nun die Mentalität dieser Leute geändert hätte, das heißt, daß sie statt Glauben zu suchen Realitäten sahen, mit ihnen rechneten und versuchten, die Dinge zu ändern, das kann

man nicht behaupten. Ob die Antibolschewisten erklären, daß der Osten der Teufel sei, oder ob die Bolschewisten erklären, daß Amerika der Teufel sei, läuft der Denkstruktur nach auf das gleiche heraus. Es ist immer die gleiche Mentalität: in Schwarz und Weiß zu sehen. In der Realität gibt es das überhaupt nicht. Wenn man nicht das gesamte Spektrum der politischen Farben einer Epoche kennt, nicht unterscheiden kann zwischen den Grundbedingungen der verschiedenen Länder, den verschiedenen Entwicklungen, Arten und Stufen der Produktion, der Technik, der Mentalität, der Traditionen etc. etc. – ja, dann kann man sich einfach nicht in dem Gebiet bewegen. Man kann nichts anderes tun, als die Welt in Trümmer schlagen, um endlich nur noch eins vor sich zu haben: nämlich Schwarz.

Frage: Sie schreiben am Schluß von »Macht und Gewalt«, daß wir wissen oder wissen sollten, »daß jeder Machtverlust der Gewalt Tor und Tür öffnet, und sei es nur, weil Machthaber, die fühlen, daß die Macht ihren Händen entgleitet, der Versuchung, sie durch Gewalt zu ersetzen, nur sehr selten in der Geschichte haben widerstehen können«.

Was bedeutet dieser schwerwiegende Satz im Hinblick auf die aktuelle politische Situation in den Vereinigten Staaten?

Antwort: Ich habe vorher schon über den Machtverlust bei den Großmächten gesprochen. Wenn wir uns das

konkreter überlegen: was heißt das? In allen republikanisch regierten Ländern liegt die Macht beim Volk. Das heißt, daß das Volk gewisse Leute ermächtigt, in seinem Namen zu handeln. Wenn von Machtverlust die Rede ist, dann bedeutet das, daß das Volk seinen Konsens zu dem, was die Machthaber, nämlich die Ermächtigten tun, entzieht.

Diejenigen, die ermächtigt worden sind, fühlen sich natürlich mächtig; auch wenn ihnen das Volk die Machtbasis entzieht, bleibt ihr Machtbewußtsein erhalten. Das ist die Situation in Amerika – freilich nicht nur dort. Dieser Tatbestand hat übrigens nichts damit zu tun, daß das Volk gespalten ist, sondern er erklärt sich aus dem Vertrauensschwund in das sogenannte System. Um das System aufrechtzuerhalten, greifen die Machthaber zur Gewalt. Und mit dieser Gewalt ersetzen sie die Zustimmung des Volkes; das ist die eigentliche Gefahr, auch in Amerika.

Wie ist das nun in Amerika? Man kann die Sache an mehreren Beispielen exemplifizieren, doch ich möchte das in der Hauptsache am Vietnamkrieg verdeutlichen, der nicht nur das Volk in den Vereinigten Staaten wirklich spaltet, sondern vor allem auch den Vertrauensschwund und damit den Machtverlust verursacht hat. Er hat nämlich das bewirkt, was man in Amerika the »credibility gap« nennt, das heißt, daß man den Machthabern nicht mehr traut – ganz unabhängig davon, ob man einverstanden ist oder nicht. Ich weiß, daß man in Europa den Politikern nie geglaubt hat, ja, daß man der Meinung ist,

Politiker lügen eh, das gehört zum Handwerk. Aber das war in Amerika nicht der Fall. Natürlich hat es immer Staatsgeheimnisse gegeben, die aus bestimmten, unmitelbar praktisch-politischen Gründen der Geheimhaltung unterlagen. Es wurde oft nicht die Wahrheit gesagt, aber es wurde auch nicht direkt gelogen. Nun: Sie wissen, daß die Golf-von-Tonkin-Resolution, die dem Präsidenten freie Hand für einen nicht erklärten Krieg gab, im Parlament durchgepeitscht worden ist auf Grund einer nachweislich unrichtigen Darstellung der Verhältnisse. Diese Angelegenheit hat Johnson mit die Präsidentschaft gekostet, und auch die Schärfe der Opposition im Senat ist ohne sie kaum zu erklären. Seither wird in weiten Kreisen der Vietnamkrieg als illegal empfunden – nicht nur als besonders unmenschlich, nicht nur als unmoralisch, sondern als *illegal*. Das hat in Amerika ein anderes Gewicht als in Europa.

Frage: Es gibt doch aber in der amerikanischen Arbeiterschaft sehr starke Bestrebungen *für* das Engagement der USA in Vietnam. Wie erklärt sich das in diesem Zusammenhang?

Antwort: Der erste Anstoß zu der Opposition gegen den Krieg ging von den Universitäten, vor allem der Studentenschaft aus, das heißt, von den gleichen Gruppen, die in der Bürgerrechtsbewegung engagiert waren. Diese Opposition richtete sich also von vornherein gegen das sogenannte System, dessen loyalste Anhänger sich heute

zweifellos in der Arbeiterschaft, das heißt in den unteren Einkommensschichten finden. (In Wall Street haben bekanntlich die sogenannten »Kapitalisten« gegen die Regierung und die Bauarbeiter für sie demonstriert.) Dabei spielt nicht so sehr die Kriegsfrage wie das Farbigkeitsproblem die entscheidende Rolle.

Im Osten und Norden des Landes hat sich herausgestellt, daß eine Integration der Neger in den gehobenen Einkommensschichten auf keine großen oder unüberwindlichen Schwierigkeiten stößt. Sie ist heute eigentlich überall ein *fait accompli*. Wohnhäuser mit verhältnismäßig hohen Mieten kann man integrieren, wenn die schwarzen Einwohner der gleichen, gehobenen Schicht angehören wie die weißen oder gelben (vor allem Chinesen, die als Nachbarn besonders beliebt sind). Da die Zahl erfolgreicher Neger-Kapitalisten sehr gering ist, handelt es sich hier im Wesentlichen um die akademischen und freien Berufe – Ärzte, Anwälte, Schauspieler, Schriftsteller usw. Die gleiche Integration im mittleren oder unteren Bürgertum, vor allem der Arbeiterschaft, die einkommensmäßig eher zu der oberen Schicht des Kleinbürgertums gehört, führt zu Katastrophen, und zwar nicht nur weil das Kleinbürgertum eben besonders »reaktionär« ist, sondern weil diese Schichten nicht zu Unrecht der Meinung sind, daß alle diese Reformen in der Negerfrage auf ihre Kosten erfolgen. Das läßt sich am besten am Beispiel der Schulen illustrieren. Die öffentlichen Schulen, inklusive der »high school«, sind in Amerika unentgeltlich. Je besser diese Schulen sind,

desto größer ist die Chance für unbemittelte Kinder, in die Colleges und Universitäten zu kommen, das heißt, sozial aufzusteigen. Dieses öffentliche Schulwerk in den Großstädten ist unter dem Ansturm eines sehr zahlreichen, nahezu ausschließlich schwarzen Lumpenproletariats eigentlich zusammengebrochen, mit sehr wenigen Ausnahmen; diese Institutionen, in denen Kinder zwölf Jahre gehalten werden, ohne auch nur Lesen und Schreiben zu lernen, kann man kaum noch als Schulen bezeichnen. Wird nun eine Straße oder ein Viertel der Stadt schwarz auf Grund der Integrierungspolitik, so verwahrlost die Straße, verwahrlosen die Schulen, verwahrlosen die Kinder, kurz, die Gegend wird in kürzester Frist ein Slum. Die Hauptleidtragenden sind die Italiener, die Juden, die Iren, die Polen und andere ethnische Gruppen, die nicht arm sind, aber auch nicht reich genug, um einfach umziehen zu können.

Dies aber ist durchaus, wenn auch oft unter erheblichen Opfern, den gehobenen Schichten möglich. Man sagt mit Recht: in New York können bald nur noch die ganz Armen und die ganz Reichen leben. Nahezu die gesamte weiße Bevölkerung schickt ihre Kinder entweder in die sehr teuren Privatschulen, die oft sehr gut sind, oder in die vor allem katholischen Konfessionsschulen. Ausweichen können auch Neger der gehobenen Schichten. Nicht ausweichen kann die Arbeiterschaft und das Kleinbürgertum. Was diese Leute nun besonders erbittert, ist, daß die Begüterten auf Grund ihrer liberalen Gesinnung Gesetze durchsetzen, deren Folgen sie nicht spüren. Sie

verlangen die Integration der öffentlichen Schulen, die Abschaffung der Nachbarschaftsschulen (man fährt die schwarzen Kinder aus den Elendsquartieren, die zum großen Teil einfach verwahrlost sind, in die Schulen der vorwiegend weißen Gegenden), die zwangsweise Integration der Wohnbezirke – und schicken die eigenen Kinder in Privatschulen und verlegen den eigenen Wohnsitz in Vororte, die sich nur bestimmte Einkommensgruppen leisten können.

Hinzu kommt ein Faktor, der sich auch in anderen Ländern geltend macht. Marx mag gemeint haben, daß der Proletarier kein Vaterland habe; die Proletarier haben bekanntlich diese Meinung nie geteilt. Die unteren Volksschichten sind für Nationalismus, Chauvinismus und imperialistische Politik sogar besonders anfällig. Die erste ernsthafte Spaltung der Bürgerrechtsbewegung in »Schwarze« und »Weiße« erfolgte auf Grund der Kriegsfrage: die aus gut bürgerlichen Häusern stammenden weißen Studenten gingen sofort in die Opposition im Gegensatz zu den Negern, bei denen sich selbst die Führer sehr spät entschlossen, gegen den Vietnamkrieg aufzutreten. Das gilt auch für Martin Luther King. Dabei spielt die Tatsache, daß die Armee den unteren Volksschichten gewisse Ausbildungsmöglichkeiten gibt, natürlich auch eine Rolle.

Frage: Um noch einmal auf Ihre Studie »Macht und Gewalt« zurückzukommen: Sie schreiben darin: »... unter der Herrschaft des heutigen Staatsbegriffs, den bekannt-

lich keine Revolution bisher auch nur erschüttert hat, ist selbst eine theoretische Lösung des Kriegsproblems, von der nicht so sehr die Zukunft der Menschheit wie die Frage, ob die Menschheit überhaupt eine Zukunft haben wird, abhängt, auch gar nicht vorstellbar. Solange nationale Unabhängigkeit, die Freiheit von Fremdherrschaft, auf die jedes Volk ein Recht hat, und Staatssouveränität, unkontrollierte und unbegrenzte Macht in außenpolitischen Angelegenheiten, gleichgesetzt werden, ist ein gesicherter Friede so utopisch wie die Quadratur des Kreises.«

Von welchem anderen Staatsbegriff gehen Sie aus?

Antwort: Ich gehe eigentlich nicht von einem anderen Staatsbegriff aus, sondern nur von der Notwendigkeit, diesen Staatsbegriff zu ändern.

Das, was wir Staat nennen, ist nicht viel älter als das 15. und 16. Jahrhundert, und das gleiche gilt für den Souveränitätsbegriff. Souveränität bedeutet unter anderem, daß Konflikte zwischenstaatlicher Natur letztlich nur durch Krieg entschieden werden können, eine andere letzte Instanz gibt es nicht. Nun ist aber der Krieg heute – ganz abgesehen von allen pazifistischen Erwägungen – unter den Großmächten auf Grund der Entwicklung der Gewaltmittel unmöglich geworden. Die Frage lautet also: was soll an die Stelle dieser letzten Instanz treten? Der Krieg ist sozusagen ein Luxus geworden, den sich nur noch die kleinen Völker leisten können, und auch sie nur, solange sie nicht in die Einflußsphäre der Großmächte geraten und selbst nicht im Besitz der modernen

Gewaltmittel sind. Die Großmächte beteiligen sich an diesen Kriegen, teils, weil sie verpflichtet sind, ihre Klienten zu schützen, und teils, weil dies ein wichtiger Teil der gegenseitigen Abschreckungsstrategie geworden ist, auf der heute der Weltfriede beruht. Zwischen souveränen Staaten kann es keine letzte Instanz geben außer Krieg; wenn der Krieg dafür nicht mehr funktioniert, so besagt allein diese Tatsache schon, daß wir einen neuen Staatsbegriff brauchen. Dieser neue Staatsbegriff wird sich freilich nicht dadurch ergeben, daß man noch einen internationalen Schiedshof, der besser funktioniert als der Haager, und noch einen Völkerbund gründet, da sich dort doch nur immer wieder dieselben Konflikte zwischen souveränen oder angeblich souveränen Staaten abspielen – allerdings auf der Ebene des Gesprächs, was wichtiger ist, als man gewöhnlich meint.

Der einzige Ansatz, den ich für einen neuen Staatsbegriff sehe, würde im föderalistischen System liegen, dessen Vorteil darin besteht, daß Macht weder von oben noch von unten, sondern gleichsam horizontal kontrolliert und in Schach gehalten wird. Die eigentliche Schwierigkeit ist ja, daß die letzte Instanz nicht überstaatlich sein darf. Eine überstaatliche Instanz würde entweder wirkungslos sein oder von dem jeweils Stärksten monopolisiert werden und so zu einem Weltstaat führen. Das dürfte wohl das tyrannischste Gebilde sein, das sich überhaupt denken läßt, vor dessen Weltpolizei es dann auf der ganzen Erde kein Entrinnen mehr geben würde, bis er schließlich auseinanderfällt.

Wie kann man nun theoretisch eine *zwischenstaatliche* Instanz als oberstes Kontrollorgan strukturieren? Das ist die eigentliche Frage. Wenn ich sagte: keine der Revolutionen, deren jede ja eine Staatsform gestürzt und durch eine andere ersetzt hat, habe den Staatsbegriff erschüttern können, so meinte ich damit etwas, was ich in meinem Buch über die Revolution ausgeführt habe:

Seit den Revolutionen des 18. Jahrhunderts hat eigentlich jede größere Umwälzung im Ansatz eine Staatsform entwickelt, die unabhängig von allen Theorien unmittelbar aus der Revolution selbst sich ergab, nämlich aus der Erfahrung des Miteinander-Handelns und aus dem Mitbestimmen-Wollen. Diese neue Staatsform ist das Räte-system, das, wie wir wissen, jedesmal und überall zugrunde gegangen ist, vernichtet entweder direkt von der Bürokratie der Nationalstaaten oder von den Parteimaschinen. Ob dies System eine reine Utopie ist – immerhin wäre es eine Volksutopie, nicht die Utopie von irgendwelchen Theoretikern –, kann ich nicht sagen. Es scheint mir jedoch die einzige Alternative zu sein, die überhaupt geschichtlich aufgetreten ist und immer wieder auftritt. Man kann spontane Rätebildungen in allen Revolutionen nachweisen, in der Französischen Revolution, bei Jefferson in der Amerikanischen Revolution, in der französischen Kommune von 1870, in den russischen Revolutionen, im Zuge der Revolutionen in Deutschland und Österreich am Ende des Ersten Weltkrieges, schließlich in der Ungarischen Revolution; und zwar entstanden sie nirgends auf Grund einer bewußten

revolutionären Tradition oder Theorie, sondern völlig spontan, jedesmal als hätte es so etwas noch nie gegeben. Also: das Rätssystem scheint wirklich im Wesen des Handelns zu liegen.

In dieser Richtung, meine ich, müßte sich etwas finden lassen: ein vollkommen anderes Organisationsprinzip, das von unten beginnt, sich nach oben fortsetzt und das schließlich zu einem Parlament führt. Doch darüber können wir hier nicht sprechen. Es sind auch gerade in Deutschland zu diesem Thema jetzt sehr wichtige Arbeiten veröffentlicht worden, so daß sich jeder darüber informieren kann, der sich ernsthaft informieren will. Um ein in Deutschland naheliegendes Fehltrail zu vermeiden: die heutigen Kommunen haben damit nichts zu tun. Ihnen liegt im Gegenteil eine Absage an das gesamte öffentliche Leben, an Politik überhaupt zugrunde; sie sind Zufluchtstätten für Leute, die politisch Schiffbruch erlitten haben – und als solche sind sie durchaus berechtigt. Ich finde die Formen dieser Kommunen sehr oft grotesk – es gibt davon auch eine ganze Menge in Amerika –, aber ich verstehe das sehr gut und ich habe nichts dagegen. Politisch sind sie bedeutungslos. Die Räte wollen genau das Gegenteil, auch wenn sie ganz klein anfangen – als Nachbarschaftsräte, Räte innerhalb von Berufssparten, Fabriken, Mietshäusern usw. Es gibt ja Räte der verschiedensten Art, keineswegs nur Arbeiterräte; die Arbeiter-räte sind auf diesem Gebiet ein Sonderfall.

Die Räte sagen: wir wollen mitbestimmen. Wir wollen unsere Stimme irgendwo in der Öffentlichkeit zu Gehör

bringen. Da das Land zu groß ist, daß alle zusammen mitbestimmen können, brauchen wir einen öffentlichen Raum innerhalb dieses Landes. Die Zelle, in der wir unsere Stimmzettel abgeben, ist zweifellos zu klein, denn in dieser Zelle ist Platz nur für einen. Die Parteien sind dafür ganz ungeeignet; da sind wir doch nur Stimmvieh. Wenn aber auch nur zehn Leute um den Tisch sitzen, da sagt jeder seine Meinung, da hört jeder die Meinung des anderen, da kann eine vernünftige Meinungsbildung durch den Austausch von Meinungen stattfinden. Da wird sich auch in der Diskussion herausstellen, wer von uns am besten geeignet ist, unsere Meinung in dem nächst höheren Rat zur Geltung zu bringen, wo sich dann unsere Meinung wieder unter dem Einfluß anderer Meinungen klärt, umbildet oder auch sich als falsch erweist. In solchen Räten brauchte ja keineswegs jeder Einwohner des Landes zu sitzen. Nicht jeder will oder muß sich um Politik kümmern. Auf diese Weise ist ein Selbstausleseprozeß möglich, um eine wirklich politische Elite in einem Land heranzuziehen. Diese Elite würde sich aus der Fragestellung bilden: wer ist interessiert an öffentlichen Angelegenheiten? Wer nicht an öffentlichen Angelegenheiten interessiert ist, der muß es sich eben gefallen lassen, daß sie ohne ihn entschieden werden. Aber die Chance muß jeder haben.

In dieser Richtung sehe ich eine Möglichkeit zur Bildung eines neuen Staatsbegriffs. Ein solcher Rätestaat, dem das Souveränitätsprinzip ganz fremd wäre, würde sich für Federationen der verschiedensten Art vorzüg-

lich eignen, schon weil Macht in ihm bereits horizontal und nicht vertikal konstituiert wäre. Wenn Sie mich aber nun fragen, welche Aussichten er hat, realisiert zu werden, dann muß ich Ihnen sagen: sehr geringe, wenn überhaupt irgendwelche. Immerhin – vielleicht doch im Zuge der nächsten Revolution.